



Mein Orientierungskurs 3

Impressum

Herausgeberin: ZBBS e.V., Zentrale Bildungs- und Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein,
Sophienblatt 64a, 24114 Kiel, Tel.: 0431 / 200 11 50, Fax: 0431 / 200 11 54, www.zbbs-sh.de, info@zbbs-sh.de

in Zusammenarbeit mit

Gesellschaft für politische Bildung e.V., Schwefelstr. 6, 24118 Kiel, Tel.: 0431 / 56 58 99, Fax: 0431 / 570 98 82,
reinhard.pohl@gegenwind.info

3. Auflage, Mai 2008

Magazin Verlag, Schwefelstr. 6, 24118 Kiel

www.orientierungskurs.de

Vorwort

Liebe Lehrerin, lieber Lehrer,

wir geben diesen Orientierungskurs in drei Bänden heraus:

- *Band 1 umfasst den Inhalt **Grundwissen: Rechtsordnung***
- *Band 2 umfasst den Inhalt **Grundwissen: Geschichte und Kultur***
- *Band 3 umfasst den Inhalt **Aufbauwissen: Rechtsordnung, Geschichte und Kultur***

Bei der vorliegenden Broschüre handelt es sich um die 3. Auflage. Enthalten sind die für den Unterricht relevanten Informationen, außerdem Vorschläge für den Unterricht.

Wir bitten alle interessierten Integrationskursträger darum, dieses Material zu sichten, zu kritisieren, zu ergänzen und Ideen für die Weiterentwicklung von der Informationssammlung zur Unterrichtseinheit beizusteuern. Da die Materialien zum kostenlosen Download im Internet bereitgestellt werden, ist eine Ergänzung oder Korrektur ohne großen Aufwand jederzeit möglich.

Das Material reicht für mehr als die vorgesehenen 45 Stunden. Das erlaubt Ihnen eine Auswahl, um Schwerpunkte zu setzen. Das „überzählige“ Material kann Ihnen hoffentlich helfen, zusätzliche Fragen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu beantworten. Auch haben Sie die Möglichkeit, einzelne Themen in den Deutschunterricht mit einzubeziehen und damit praktisch vorweg zu nehmen.

„Schülerhefte“

Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Orientierungskurse sind drei Broschüren erschienen. Sie enthalten die Grundinformationen für den Unterricht zum Selbststudium und zum eigenständigen Lernen. Sie ermöglichen auch für diejenigen, die inzwischen selbständig arbeiten können, das weitere Selbststudium, indem sie sich gezielt weitere Informationen besorgen.

Sie sind als Integrationskursträger nicht dazu verpflichtet, den TeilnehmerInnen diese Broschüren zur Verfügung zu stellen. Wir möchten dennoch zwei Argumente liefern, die möglicherweise zu einer Entscheidung für die Anschaffung führen:

- *Ihre nächsten Kurse kommen schneller zu Stande, wenn die „Mund-zu-Mund-Propaganda“ durch ihre aktuellen TeilnehmerInnen funktioniert. Die Ausgabe der Broschüren für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist mit Sicherheit eine gute Empfehlung.*
- *Sie können die Broschüren für die TeilnehmerInnen auch bei uns kaufen und an die TeilnehmerInnen weiter verkaufen. 2 Euro pro Heft ist sicherlich nicht zu viel. Es ist auch möglich, den TeilnehmerInnen die erste und vielleicht die zweite Broschüre zu überlassen, die dritte (Aufbauwissen) hingegen zu verkaufen.*

In Erwartung Ihrer Kritik mit freundlichen Grüßen

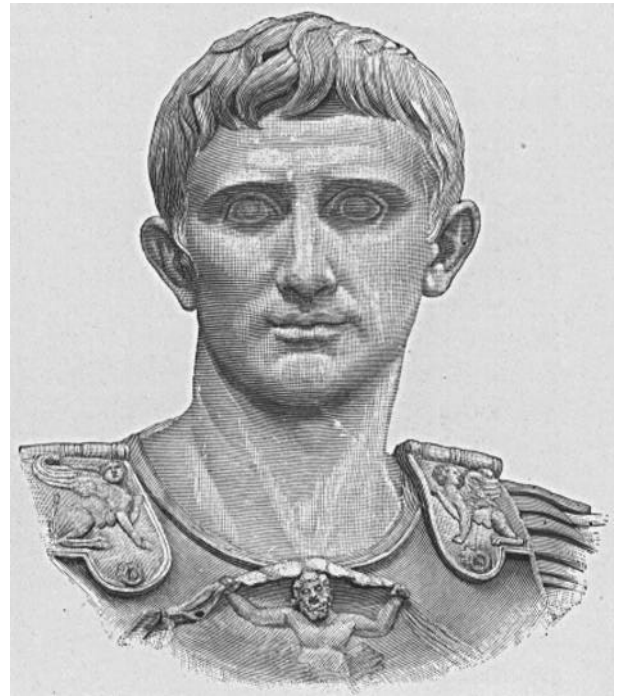
Reinhard Pohl

11. Die Einigung Europas.....	5
Europäische Einigung.....	8
12. Soziale Marktwirtschaft.....	10
Hartz IV.....	11
13. Die europäische Integration.....	12
14. Deutschland – der lange Weg zur Einheit.....	13
BRD und DDR.....	20
Die Wiedervereinigung.....	20
15. Geschichte der Migration.....	22
Gastarbeiter.....	22
Vertragsarbeiter.....	22
Das Zuwanderungsgesetz.....	22
Integrationskurse.....	22
Asyl in Deutschland.....	23
16. Regionalgeschichte.....	24
17. Kulturelle Vielfalt.....	25
Es gibt keine „deutsche Kultur“.....	25
Missverständnisse, Unverständnisse.....	26
Deutsche und Regeln.....	27
Privatleben und Berufsleben.....	28
Wie reden Deutsche? Der Kommunikationsstil.....	29
Der Streit um das Kopftuch.....	30

11. Die Einigung Europas

In Europa haben sich die Grenzen in den letzten 2000 Jahren sehr häufig verändert. Immer wieder gab es Phasen, in denen Europa vereinigt war:

- Das Römische Kaiserreich unter Augustus und Trajan erreichte um 117 n.Chr. seine größte Ausdehnung und umfasste weite Teile Europas.
- Das Frankenreich unter Karl dem Großen vereinigte West- und Mitteleuropa.
- Napoleon der Große regierte in Frankreich, eroberte aber große Teile Europas: Spanien, Italien und Deutschland wurden von ihm regiert.
- Adolf Hitler begann den Zweiten Weltkrieg und besetzte ein Gebiet, das von Moskau bis zum Atlantik und vom Mittelmeer bis zum Nordmeer reichte.



Kaiser Augustus und das Römische Reich (50 n. Chr.)

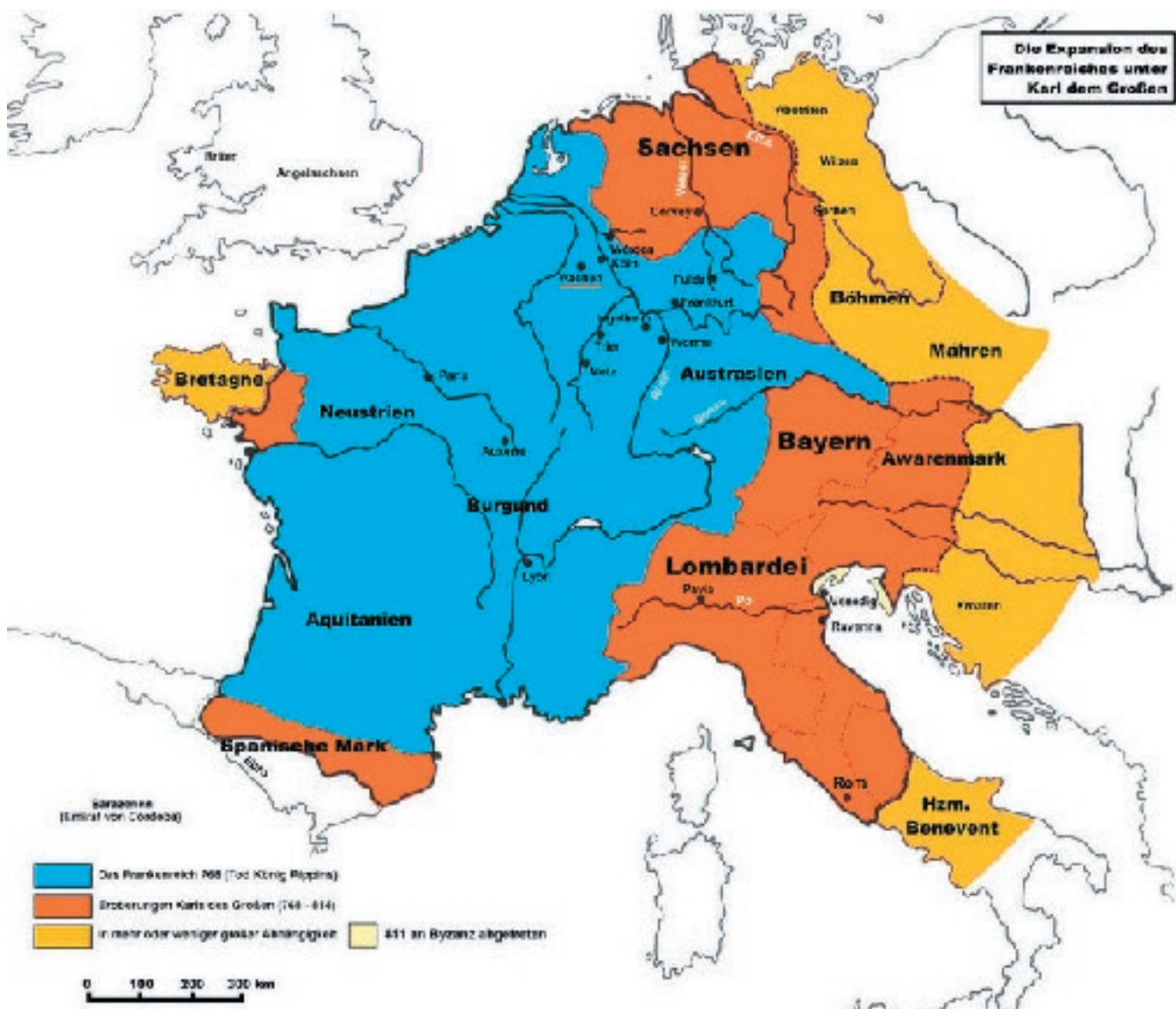


Bereits im 19. Jahrhundert, als sich die Nationalstaaten formierten, gab es viele Menschen, die für die Einheit Europas eintraten. Aber die Phase des Nationalismus mündete in zwei schreckliche Weltkriege, die Europa zerstörten.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Einheit Europas Schritt für Schritt verwirklicht. Dieser Prozess ist noch lange nicht zu Ende. Noch immer wird diskutiert und gestritten. Aber heute geschieht das mit friedlichen Mitteln.



Karl der Große und das Frankenreich (800 n.Chr.)





Napoleon und seine Eroberungen (1812)



Adolf Hitler und seine Eroberungen (1942)



Europäische Einigung

Immer wieder hat es in der Geschichte Versuche gegeben, die Grenzen in Europa zu beseitigen und einen einheitlichen Staat zu schaffen. Doch das Römische Reich, Karl der Große, Napoleon und Hitler wollten das jeweils durch militärische Eroberung erreichen. Nach dem Sieg über Napoleon und nach dem Sieg über Wilhelm II. im Ersten Weltkrieg reagierten die Nationalstaaten jeweils durch den Bau von militärischen Befestigungen und Bündnissysteme, um ihre Souveränität zu verteidigen und die Grenzen zu bewachen.

Nach dem 2. Weltkrieg gab es zum ersten Mal eine gegenläufige Entwicklung: Führende Politiker mehrerer europäischer Staaten diskutierten über eine freiwillige Zusammenarbeit, und zwar ausdrücklich mit dem Ziel, in Zukunft Kriege zu vermeiden.

Die Wiederaufbauhilfe bestand im Wesentlichen aus ERP-Mitteln aus den USA (Marshallplan). Diese setzten eine wirtschaftliche Zusammenarbeit voraus. Daraus entwickelte sich 1951 die „Montanunion“: Frankreich, Italien, Deutschland, Niederlande, Belgien und Luxemburg verwalteten ihren Kohleabbau und die Stahlproduktion gemeinsam. Damit sollte nicht nur die wirtschaftliche Zusammenarbeit allgemein gefördert werden, es ging auch um einen Kernbereich der Rüstungsindustrie, der damit gegenseitig offengelegt wurde.

1957 wurden Euratom zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Atomkraft und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) für die allgemeine wirtschaftliche Zusammenarbeit gegründet. Ziel war vor allem die Abschaffung aller Zölle zwischen den Mitgliedsländern. Diese drei Organisationen verschmolzen 1965 zur „Europäischen Gemeinschaft“.

1972 wurde im Vertrag von Maastrich auch die politische Zusammenarbeit beschlossen. Die EG wurde damit offiziell in „Europäische Union“ umbenannt.

Heute haben die einzelnen Mitgliedsstaaten viele Kompetenzen an die EU abgegeben. Es ist allerdings kein anonymes Gremium, das dort die Entscheidungen trifft. Alle wesentlichen Beschlüsse werden durch den Europäischen Rat gefällt, also die Versammlung der Staats- und Regierungschefs. Ungefähr zwei Drittel aller Gesetze in Deutschland entstehen heute auf der Grundlage europäischer

Richtlinien und können vom Bundestag oder den Landtagen nicht frei entschieden werden.

Die EU und ihre Mitglieder

1958

Belgien
Deutschland
Frankreich
Italien
Luxemburg
Niederlande

1973

Dänemark
Großbritannien
Irland

1981

Griechenland

1986

Portugal
Spanien

1995

Finnland
Österreich
Schweden

2004

Estland
Lettland
Litauen
Malta
Polen
Slowakei
Slowenien
Tschechien
Ungarn
Zypern

2007

Bulgarien
Rumänien

Mit dem europäischen Vertrag, der 2008 in Kraft treten soll, werden auf den meisten Gebieten Mehrheitsentscheidungen möglich. Der Hintergrund ist, dass bei nunmehr 27 Mitgliedern einstimmige Entscheidungen kaum noch möglich sind. Die Vertrag kann aber nur in Kraft treten, wenn alle Mitgliedsstaaten zustimmen.

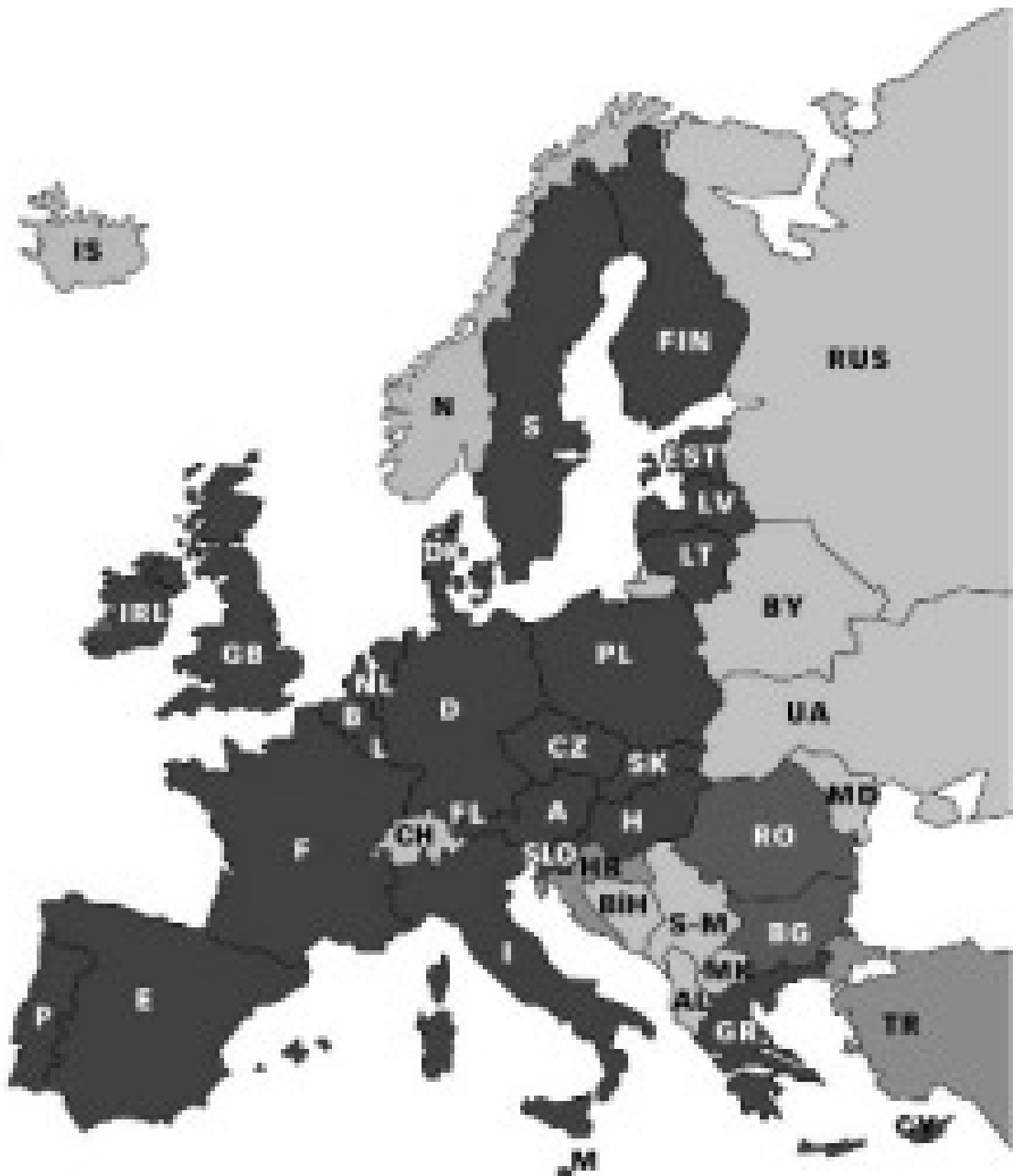
Eine Verfassung für Europa?

Im Herbst 2004 wurde die „Verfassung für Europa“ von den Regierungschefs verabschiedet. Beraten wurde sie von Delegierten aus 28 Ländern, außer den damals 25 Mitgliedsstaaten der EU waren Rumänien und Bulgarien dabei, außerdem (ohne Stimmrecht) die Türkei.

Während bisher viele Entscheidungen nur einstimmig fallen können, sind nach der Verfassung auch Mehrheitsentscheidungen möglich. Ein Beschluss soll gelten, wenn 55 Prozent der Mitgliedsstaaten zustimmen. In diesen Staaten müssen aber 60 Prozent der EU-Bevölkerung wohnen.

Die Verfassung soll einheitliche Grundrechte für alle Menschen in der EU festlegen. Allerdings haben die Regierungen sehr viel zu sagen, das Parlament hat nur wenig Rechte.

Die Verfassung sollte 2007 in Kraft treten. Vorher mussten alle Länder zustimmen, entweder stimmt das Parlament ab oder die Bevölkerung. Ungefähr die Hälfte der Staaten hatte bis 2007 schon zugestimmt. In Frankreich und den Niederlanden ist die Verfassung im Mai 2005 in Volksabstimmungen abgelehnt worden. Die Regierungen der inzwischen 27 EU-Länder haben 2006 entschieden, die wichtigsten Punkte aus der Verfassung in einem „europäischen Vertrag“ zusammen zu fassen. Dieser wird dann in 26 Mitgliedsstaaten vom Parlament verabschiedet, nur in Irland ist eine Volksabstimmung nötig.



12. Soziale Marktwirtschaft

Die „Soziale Marktwirtschaft“ ist das Wirtschaftssystem in Deutschland. Andere Wirtschaftssysteme sind

- freie Marktwirtschaft
- Planwirtschaft

Marktwirtschaft bedeutet:

- es gibt ein funktionierendes Tauschmittel (Geld)
- jedes Wirtschaftssubjekt (Unternehmer, Firma) plant für sich selbst
- alle haben freien Zugang zum Markt.
- Verbesserungen von Produkten und ihrer Qualität gibt es automatisch durch die Konkurrenz.

Ein Beispiel

Es regnet. Schon seit Wochen regnet es jeden Tag. Ein Regenschirm kostet 10 Euro. Die drei Firmen, die Regenschirme herstellen, erhöhen die Preise. Regenschirme kosten jetzt 13 Euro. Alle Menschen wollen Regenschirme kaufen, deshalb werden die Regenschirme teurer.

Plötzlich gibt es zwei Menschen, die auch eine Fabrik für Regenschirme gründen. Jetzt gibt es fünf Firmen, die Regenschirme herstellen. Es gibt jetzt mehr Regenschirme, als die Menschen kaufen wollen. Alle fünf Fabriken müssen die Regenschirme billiger machen. Die Regenschirme kosten jetzt nur noch 8 Euro.

Eine Firma ist schlechter organisiert als die anderen. Sie muss die Regenschirme auch billiger machen, aber bei ihr ist jetzt die Herstellung zu teuer. Sie geht pleite. Jetzt gibt es nur noch vier Firmen, die Regenschirme herstellen. Sie produzieren genau so viele Regenschirme wie gebraucht werden.

Die Preise steigen wieder etwas, aber nicht so viel. Die Regenschirme kosten jetzt wieder 10 Euro. Jetzt sind die Regenschirme wieder genauso teuer wie am Anfang.

Soziale Marktwirtschaft bedeutet:

Der Staat achtet darauf, dass alle Menschen eine Chance haben und niemand zu viel Macht hat. Deswegen greift der Staat immer wieder mit Regeln ein, benutzt aber selbst Instrumente der Marktwirtschaft. Das bedeutet, dass der Staat den Firmen nicht vorschreibt, was sie machen sollen. Es gibt aber eine „Ordnungspolitik“, außerdem greift der Staat selbst in den Markt ein. Einige Beispiele:

Steuerprogression: Wer viel verdient, muss mehr Steuern bezahlen als derjenige, der wenig verdient.

Kartellbehörde: Wenn sich mehrere Firmen zu einer Firma zusammen schließen, brauchen sie eine Erlaubnis, wenn sie eine „Marktbeherrschende Stellung“ (mehr als 30 % des Marktes) erreicht.

Sozialer Wohnungsbau: Der Staat gibt Zuschüsse beim Bau von Häusern und Wohnungen, aber er schreibt dann auch die Obergrenze für die Miete vor.

„Hartz IV“

Seit dem 1. Januar 2005 gelten neue Regeln für die Sozialhilfe. Alle neuen Gesetze, die gegen Arbeitslosigkeit helfen sollen, wurden von einer Kommission entworfen. Der Vorsitzende war Peter Hartz, ein Manager von VW. Deshalb heißen die Gesetze „Hartz-Gesetze“.

- Der Staat garantiert für alle Menschen, die in Deutschland leben, ein Existenzminimum. Das ist für Menschen, die länger hier leben, 347 Euro im Monat. Für ein Ehepaar sind das etwas weniger als 625 Euro im Monat. Ausländerinnen und Ausländer, die kein Aufenthaltsrecht haben, bekommen nur ungefähr 70 Prozent davon.
- Wer diese Unterstützung bekommt und zwischen 15 und 65 Jahre alt ist und gesund genug ist, um zu arbeiten, muss auch arbeiten, wenn es irgendwo Arbeit gibt. Das kann eine richtige Arbeitsstelle sein, das kann Arbeit für einige Stunden pro Woche sein, das kann auch „gemeinnützige Arbeit“ sein („1-Euro-Job“).

Arbeitsgemeinschaft

In den meisten Orten gibt es eine Arbeitsgemeinschaft vom Sozialamt (Kommune) und Arbeitsamt (Agentur für Arbeit). Wer kein ausreichendes Einkommen und keine großen Ersparnisse hat, beantragt dort die Unterstützung. Man bekommt die Unterstützung erst, wenn man sie beantragt hat und alle nötigen Formulare dafür ausgefüllt hat.

„Optionskreise“

Es gibt auch einige Kreise, die als Versuch ihre Behörden nicht mit dem Arbeitsamt zusammengeschlossen haben, sondern alles alleine machen. Dort müssen Sie zum Sozialamt oder dem Sozialzentrum gehen.

Seit 1. Januar 2005

Das gesamte System der Unterstützung ist zum 1. Januar 2005 geändert worden. Deshalb sieht es in allen Kreisen ein bisschen unterschiedlich aus. In manchen Orten gibt es eigene „Job-Center“ für Jugendliche oder BeraterInnen für Ausländerinnen und Ausländer, in anderen Orten gibt es nur zentrale Stellen.

Vereinbarung

Wer Unterstützung bekommt, muss eine „Vereinbarung“ unterschreiben. Dort steht drin, was man selbst tun muss, um sein Geld alleine zu verdienen.

13. Die europäische Integration

Seit ungefähr 50 Jahren arbeiten viele Regierungen in Europa immer mehr zusammen. Zuerst wurde die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet. Ihr Ziel war, dass der gesamte Handel ohne Zoll und ohne Verbote abgewickelt wird. Alle Hersteller können in allen Ländern Europas, die zur Gemeinschaft gehören, alle Waren verkaufen.

Dann wurde die Europäische Gemeinschaft gegründet. Die Staaten begannen, auch politisch zusammen zu arbeiten. Die Grenzen innerhalb Europas sollten irgendwann abgeschafft werden. Viele Entscheidungen in der Politikk werden vorher in der Europäischen Gemeinschaft diskutiert, damit alle sich in die gleiche Richtung entwickeln.

Jetzt leben wir in der Europäischen Union. Sie hat seit 2007 27 Mitgliedsstaaten. Die Europäische Union verhandelt gerade mit Kroatien, das wohl bald beitreten wird. Weitere Verhandlungen werden mit Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Mazedonien, Serbien und Albanien geführt. Besonders schwierig sind die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei – ihre Aufnahme in die EU ist umstritten.

Bürokratie?

Über die Europäische Union wird viel geschimpft. Sie macht nur Vorschriften, sagen viele, und alles ist so umständlich. Viele Menschen denken gar nicht daran, dass es ihre eigene Regierung ist, die solche Vorschriften vorschlägt.

Alles, was in der Europäischen Union passiert, wird von dem Treffen aller Regierungschefs beschlossen.

Was bedeutet das für uns?

In Europa ist für die normalen Menschen vieles einfacher geworden. Es gibt keine Kontrollen an den Grenzen mehr, und Kontrollen in der Nähe der Grenzen sind sehr selten. In fast allen Ländern können wir mit dem Euro bezahlen, wir müssen vor dem Urlaub kein Geld mehr umtauschen. Viele Sachen sind genormt: Batterien und Jeans, Videokassetten und

Steckdosen sind (fast) überall in Europa gleich.

Ein Beispiel: Lebensmittelsicherheit

Die Regeln der EU sind für die Sicherheit von Lebensmitteln entscheidend. Der Schwerpunkt dabei ist nicht, bestimmte Lebensmittel zu erlauben oder zu verbieten, sondern sie zu kennzeichnen. So steht auf den Packungen von Zigaretten, dass man daran sterben kann. Auf Fleischpackungen steht drauf, ob es Fleisch von Rind, Schaf oder Schwein ist. Die Kontrollen sind sehr scharf. Jeder muss selbst entscheiden, was sie oder er kaufen und essen will. Die EU schreibt nur vor, dass die Hersteller alle nötigen Informationen geben.

14. Deutschland – der lange Weg zur Einheit

Von 1949 bis 1990 gab es zwei deutsche Staaten nebeneinander. Das war die Deutsche Demokratische Republik (verbündet mit der Sowjetunion) und die Bundesrepublik Deutschland (verbündet mit den Vereinigten Staaten von Amerika).

Deutschland war in seiner Geschichte oft geteilt. Im 17. Jahrhundert gab es fast 350 verschiedene Staaten auf dem Gebiet, das heute Deutschland und Österreich ist.

Deutschland entstand 843. Das Reich von Karl dem Großen, das aus Frankreich und (West-)Deutschland bestand, wurde unter den drei Söhnen aufgeteilt (siehe Karte unten).

Bis 1806 existierte das „Heilige Römische Reich deutscher Nation“, geführt von einem Kaiser. Dieser hatte

aber kaum Macht. Die Macht lag bei den Königen und Herzögen der einzelnen Teile des Reiches, das aus einer Vielzahl von Ländern bestand.

1618 bis 1648 gab es einen furchtbaren Bürgerkrieg in Deutschland. Im „Dreißigjährigen Krieg“ kämpfte zuerst der katholische Kaiser zusammen mit katholischen Fürsten gegen evangelische Fürsten. Später griffen auch französische, italienische, polnische und schwedische Truppen in den Krieg ein. Ganz Deutschland wurde zerstört, ein großer Teil der Bevölkerung wurde getötet. In Süddeutschland lebte am Ende des Krieges nur noch ein Drittel der Bevölkerung!

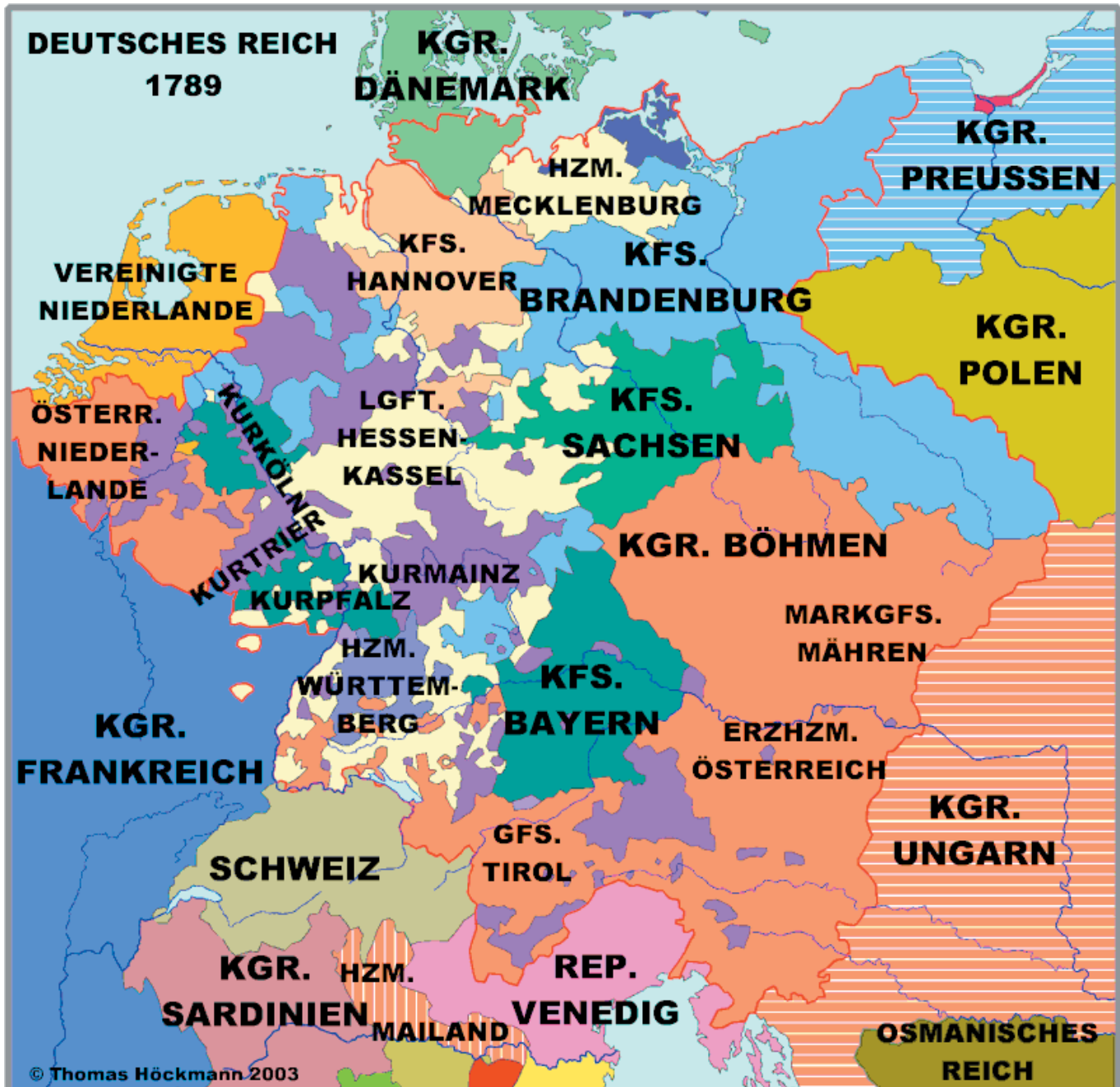
1648 endete dieser große Krieg mit dem „Westfälischen Frieden“. Die Niederlande und die Schweiz wurden

unabhängig. Alle anderen deutschen Staaten blieben beim Deutschen Reich, sie wurden aber alle selbständig. Der „Kaiser“ wurde noch immer gewählt, es war aber nur noch ein Ehrentitel.

1648 bestand Deutschland aus ungefähr 350 selbständigen Ländern. Viele von ihnen sind so klein, dass man sie auf der Karte auf der nächsten Seite überhaupt nicht erkennen kann.

In den nächsten hundert Jahren wurden einzelne Länder größer und mächtiger, eroberten auch kleinere deutsche Staaten. Am größten wurde Brandenburg, das zum Königreich Preußen wurde, und das Königreich Bayern und Österreich. Große Länder waren auch Hannover und Sachsen.

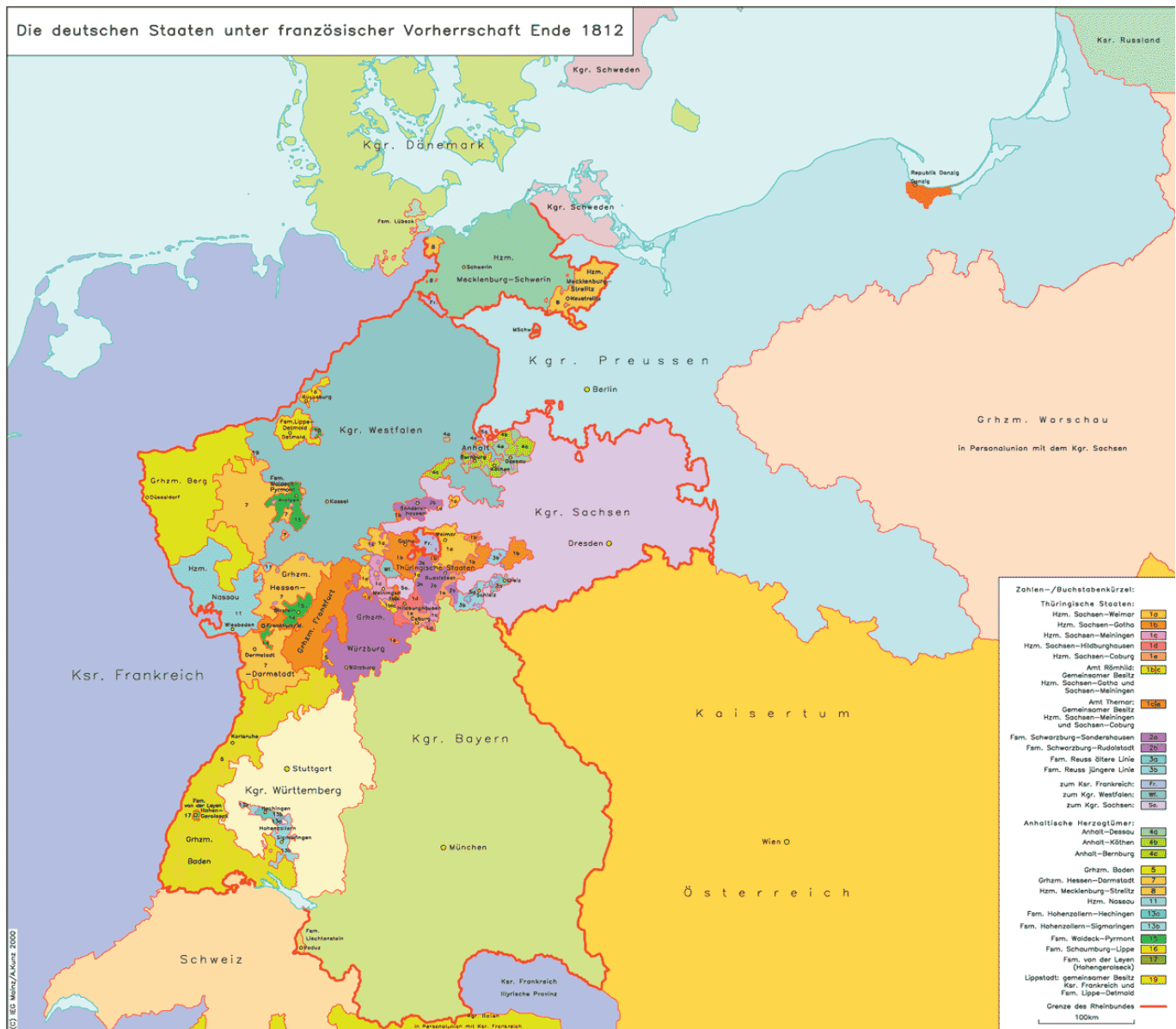




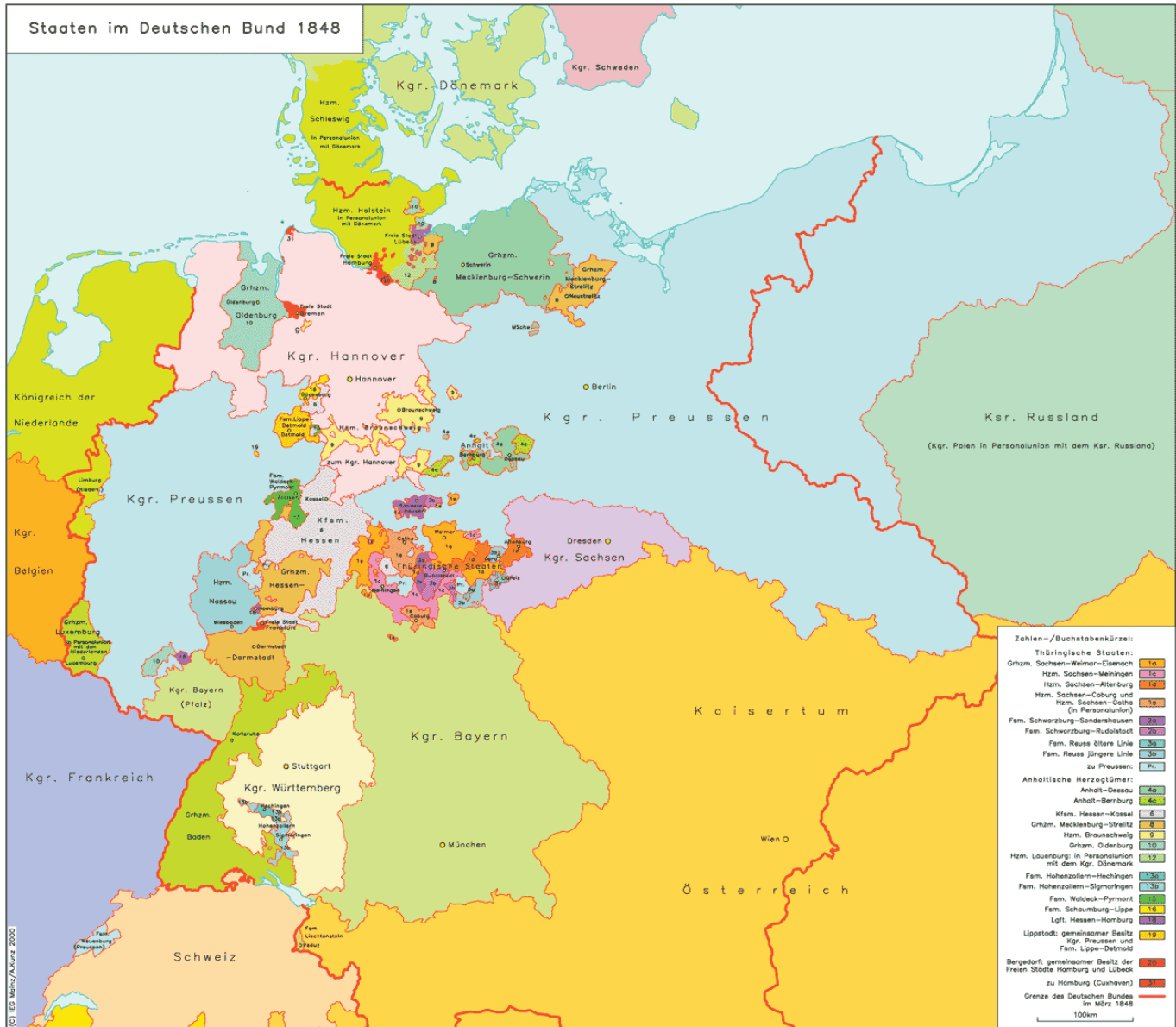
Man kann auf der Karte oben sehen, dass Frankreich, Polen und Dänemark einheitliche Staaten sind, während es in Deutschland viele Staaten gibt. Die Karte zeigt die Situation 1789.

In diesem Jahr kam es in Frankreich zur „Französischen Revolution“. Zehn Jahre

später wurde Frankreich von Napoleon regiert, der ein großes Reich gründen wollte. Während er andere Länder wie Spanien und die Niederlande eroberte, konnte er sich in Deutschland mit einigen Ländern verbünden, andere griff er an. Er nutzte die Uneinigkeit der deutschen Länder aus.



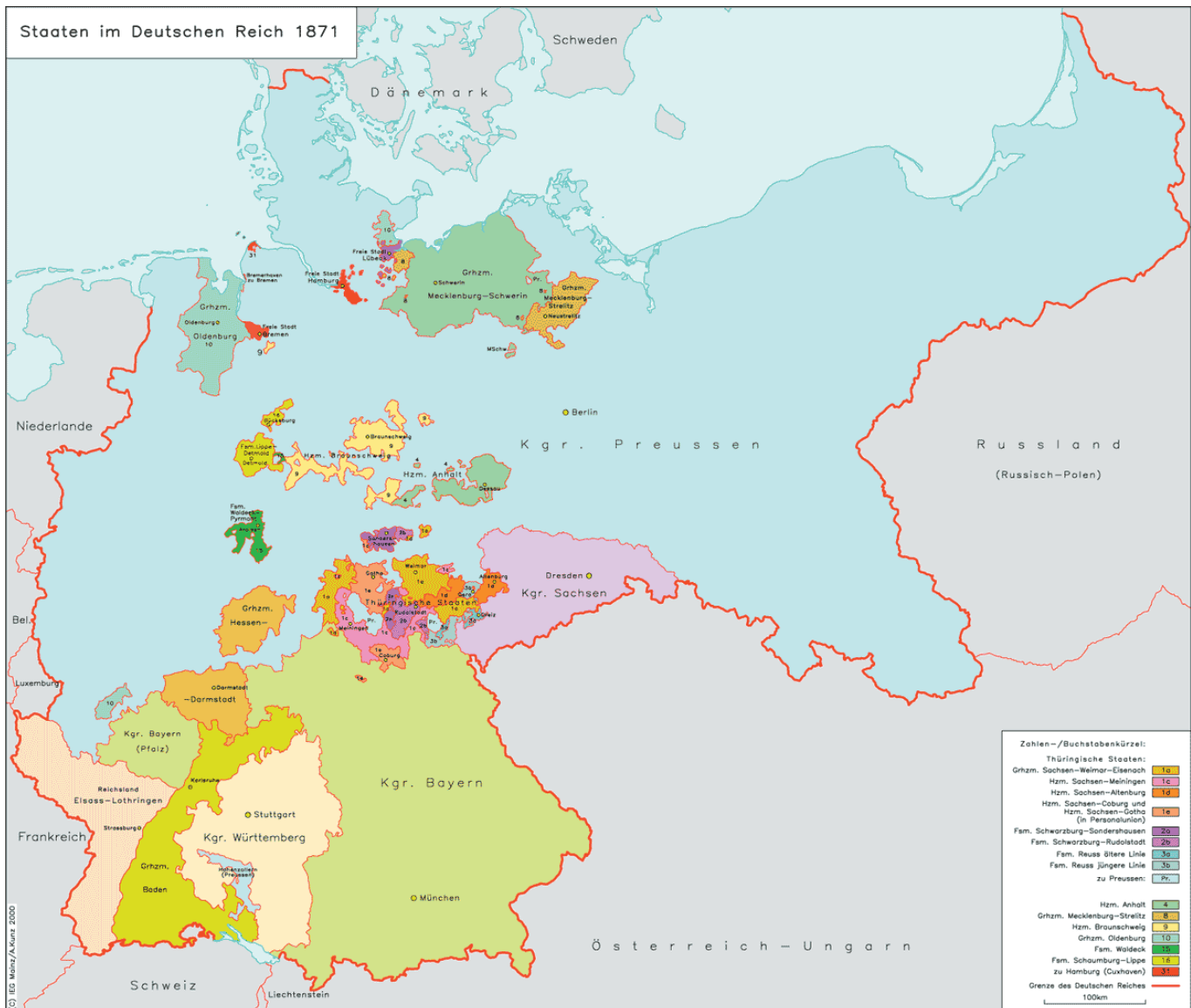
1812 waren die Länder des „Deutschen Bundes“ (Bayern, Sachsen, Hannover) mit Frankreich verbündet. Mit der Niederlage Napoleons wurde alle deutschen Länder wieder frei. Seitdem gab es aber stärkere Versuche, sich zu einem Staat zusammenzuschließen.



In den nächsten Jahren wird Preußen immer größer. Es gibt keine zentrale deutsche Regierung, die einzelnen Staaten führen auch gegeneinander Krieg. Kleine Länder werden von großen erobert.

Außer Preußen und Brandenburg gehören 1848 auch Pommern und Schlesien, Vorpommern und das Rheinland zu Preußen. (Das Rheinland ist heute Nordrhein-Westfalen und Rheinland-

Später eroberte Preußen auch Schleswig-Holstein.



1871 wurde das „Deutsche Reich“ gegründet, der König von Preußen wurde jetzt Kaiser von Deutschland. Nach langer Zeit gab es wieder einen einheitlichen deutschen Staat. Dazu gehörten außer Preußen auch Hannover, Sachsen, Bayern und Württemberg sowie alle kleineren deutschen Länder. Nicht dazu gehörte seit 1871 Österreich.

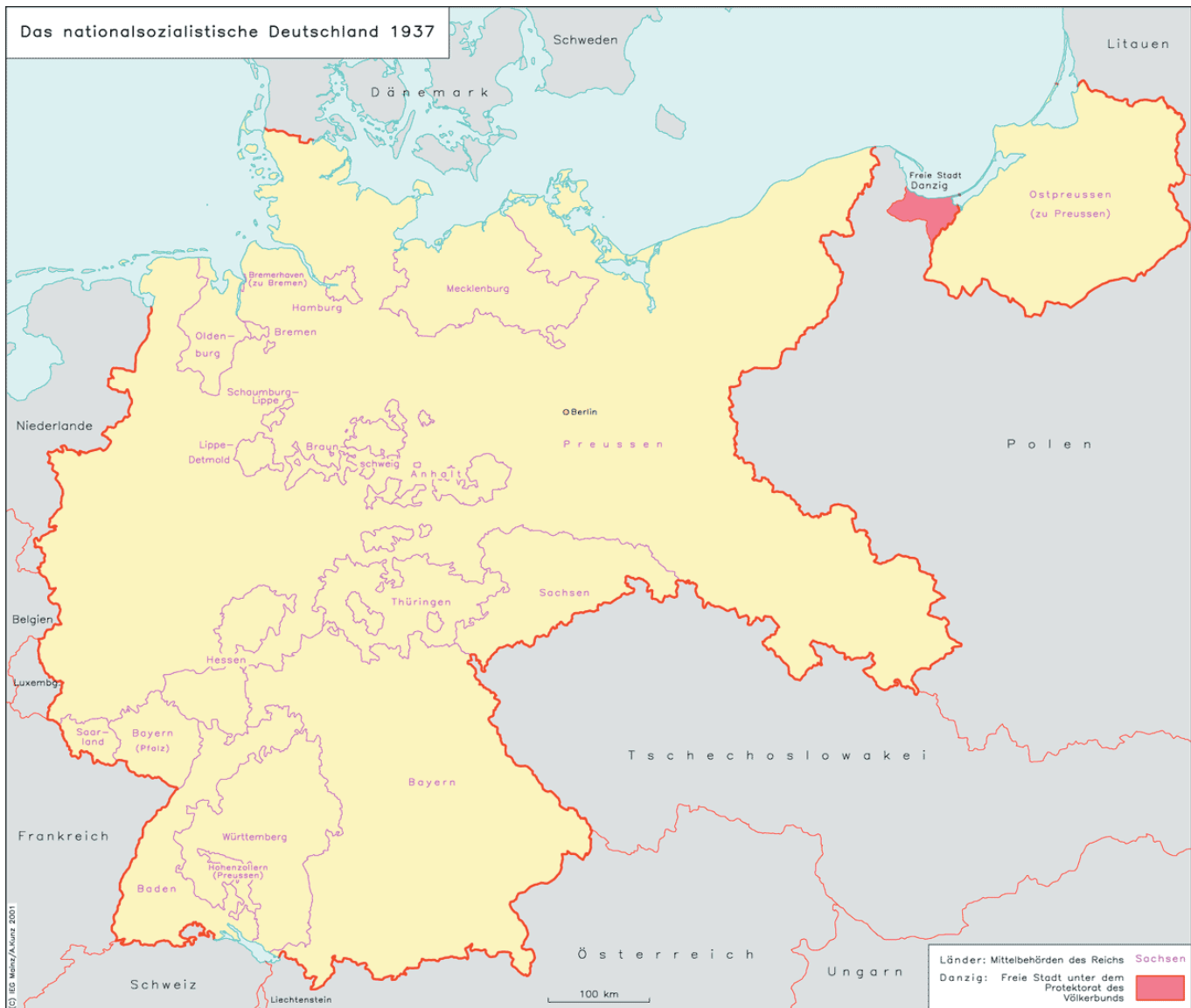
Das Deutsche Reich bestand aus 26 Ländern. Das größte war Preußen, es

machte zwei Drittel von Deutschland aus (64 %). Das zweitgrößte Land war Bayern, das machte 14 % von Deutschland aus. Diese zwei Länder bildeten zusammen 80 % des Deutschen Reiches.

Nach dem 1. Weltkrieg verlor Deutschland nur wenige Gebiete:

- Westpreußen ging an Polen
- Nordschleswig ging an Dänemark

- Elsaß-Lothringen ging an Frankreich.



So wie auf der Karte oben sah Deutschland 1937 aus, als Adolf Hitler schon vier Jahre als Diktator regierte und den nächsten Weltkrieg vorbereitete.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Pommern, Schlesien und Ostpreußen an Polen gegeben, das nördliche Ostpreußen an die Sowjetunion. Deutschland wurde in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Aus den Besatzungszonen von den USA, Großbritannien und Frankreich entstand die Bundesrepublik Deutschland, aus

der Besatzungszone der Sowjetunion entstand die Deutsche Demokratische Republik.

Für Deutschland war es nicht ungewöhnlich, aus mehreren Staaten zu bestehen. Aber jetzt waren es zwei Staaten, die direkt an der Grenze zwischen dem Westen und dem Osten lagen. Die Grenze zwischen der BRD und der DDR war gleichzeitig die Grenze zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt. Jeder Krieg zwischen den USA und der

Sowjetunion würde nun mit Sicherheit Deutschland zerstören.

BRD und DDR

1945 wurde Deutschland geteilt. 1949 wurden die beiden deutschen Staaten gegründet. 1990 schlossen sich die beiden Staaten wieder zusammen.

Die beiden deutschen Staaten waren 1949 aus den Besatzungszonen der Westmächte und der Sowjetunion gegründet worden. Sie entwickelten sich völlig verschieden.

Es gab auch einige Gemeinsamkeiten:

- Bis 1968 gab es gemeinsame deutsche Mannschaften bei den Olympischen Spielen.
- Beide deutschen Staaten diskutierten mit Österreich und der Schweiz zusammen jedes Jahr über Regeln für die Rechtschreibung (Duden-Kommission).
- Berlin hatte immer einen Sonderstatus. Dort waren Besuche von West nach Ost möglich: DDR-Bürger kamen nach Ostberlin, Bundesbürger nach Westberlin, von dort aus waren „Tagesbesuche“ in Ostberlin möglich.
- Beide Staaten hatten als Fahne schwarz-rot-gold.

Die Wiedervereinigung

Die Bundesrepublik Deutschland hatte seit ihrer Gründung den Anspruch, ganz Deutschland zu vertreten („Alleinvertretungsanspruch“). Flüchtlinge aus der DDR sowie Deutsche aus den Staaten Osteuropas, der Sowjetunion und China bekamen bei ihrer Ankunft einen deutschen Pass. Die vorläufige Verfassung, das Grundgesetz, sah vor, dass weitere Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland beitreten können, wie es 1957 das Saarland getan hatte (Artikel 23). Artikel 146 sah vor, dass per Volksabstimmung eine neue Verfassung beschlossen werden sollte, wenn in der Zukunft das gesamte deutsche Volk in einem Staat leben kann und will.

Die DDR ging anfangs auch von einem einheitlichen deutschen Volk aus und sah den eigenen Staat als Übergangslösung. Stalin machte 1952 den Vorschlag, Deutschland wieder zu vereinigen – unter der Bedingung, dass es in Zukunft neutral sein sollte, also weder der NATO noch dem Warschauer Pakt angehört. Das gleiche wurde dem ebenfalls von den vier Siegermächten besetzten Österreich angeboten. Österreich nahm den Vorschlag an, die DDR ebenfalls, die Bundesrepublik

Deutschland lehnte ab. In der Folge ging die DDR immer deutlicher von „zwei Staaten auf deutschem Boden“ aus. 1967 wurde die DDR-Verfassung geändert, es gab nun keine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit mehr, sondern eine Staatsangehörigkeit der DDR. 1968 wurde die gesamte Verfassung entsprechend geändert, die DDR ging jetzt von einer eigenen „sozialistischen deutschen Nation“ aus. Die Nationalhymne, in der von „Deutschland einig Vaterland“ die Rede ist, wurde seitdem nicht mehr gesungen, sondern nur noch als Melodie gespielt.

Mit der Entspannungspolitik unter Bundeskanzler Willy Brandt ging auch die Bundesrepublik Deutschland faktisch von zwei Staaten aus. Man vermied die offizielle Anerkennung, behandelte aber die DDR praktisch wie einen eigenen Staat. Allerdings bekam DDR-Bürger, die in die Bundesrepublik Deutschland kamen, weiterhin auf Wunsch einen bundesdeutschen Pass.

1982 wechselte die Regierung in Bonn von einer SPD-FDP-Koalition zu einer CDU-FDP-Koalition, Bundeskanzler wurde Helmut Kohl. Die konservative Regierung setzte diese Politik praktisch fort. In immer neuen Verträgen wurden Reiseerleichterungen und engere Wirtschaftsbeziehungen ausgehandelt, als Gegenleistung bekam die DDR-Regierung Kredite. Als 1985 Michael Gorbatschow in Moskau an die Macht kam und umfangreiche Reformen einleitete, setzte sich die DDR-Führung von diesem Kurs ab.

Die Auflösungserscheinungen betrafen aber alle Ostblock-Staaten, ob sie den Reformkurs der UdSSR mitmachten oder nicht. Ungarn lockerte die Grenzkontrollen, Tausende von DDR-Bürgern nutzten einen Ungarn-Aufenthalt zur Flucht nach Österreich. Andere flohen auf das Botschaftsgelände der Bundesrepublik Deutschland in Prag, Warschau oder Budapest. In der DDR entstanden offen arbeitende oppositionelle Gruppen. Sie organisierten Treffen und Demonstrationen. Zunächst forderten sie Reformen in der DDR. Die DDR-Führung lehnte alle Reformen ab. So veränderten sich die Forderungen: Ab 1989 ging es um die Vereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland.

Am 2. Mai 1989 öffnete Ungarn die Grenze zu Österreich. Gleichzeitig erkrankte der Regierungschef der DDR, Erich Honecker, schwer und verschwand aus der Öffentlichkeit. Ende Oktober wurde er abgelöst. Doch die neue Führung unter Egon Krenz fand

keine geeignete Strategie, mit den zunehmenden Protesten fertig zu werden. Am 4. November demonstrierten rund 1 Million Menschen in Ostberlin, die Demonstration wird vom DDR-Fernsehen live übertragen. Am 9. November öffnet die DDR-Führung alle Grenzübergänge.

Die bis dahin regierende „Nationale Front“ löste sich auf, zu den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 kandidierten die Parteien mit jeweiliger Unterstützung ihrer westdeutschen „Schwesterpartei“ getrennt. Die „Allianz“ (= CDU) gewann überraschend deutlich, sie strebte keine Reform der DDR, sondern die Auflösung des Staates an.

Deutschland stand formell noch unter der Aufsicht der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. So kam es zu den „Zwei-plus-Vier-Gesprächen“, in denen am 12. September 1990 die Vereinigung beider Staaten und die Entlassung aus der Aufsicht der Siegermächte beschlossen wurde. Beide deutsche Staaten mussten im Gegenzug zusagen, die Grenze zu Polen zu garantieren, auf Atomwaffen zu verzichten und die vereinigten Armeen drastisch zu verkleinern, aus mehr als 700.000 Soldaten musste eine neue Armee mit weniger als 300.000 Soldaten gebildet werden.

Die Vereinigung der beiden Staaten geschah sehr schnell: Am 1. Juli 1990 wurde die „Wirtschafts- und Währungsunion“ eingeführt, die DDR-Währung wurde bis zu einem Vermögen von 20.000 Mark 1:1 gegen die D-Mark getauscht (eigentlich war eine DDR-Mark nur 25 (West-)Pfennig wert), alle DDR-Bürger wurden in das Sozialsystem der Bundesrepublik Deutschland übernommen, ohne jemals Beiträge eingezahlt zu haben. Am 3. Oktober wurden beide Staaten zusammengeschlossen.

Dabei ging der Einigungsvertrag nach längeren Diskussionen letztlich davon aus, dass sich die beiden Staaten sich nicht vereinigen, sondern die fünf Bundesländer der DDR traten der Bundesrepublik Deutschland bei. Diese behielt alle ihre Gesetze und das Grundgesetz als Verfassung, die Gesetze der DDR wurden ungültig. Die Bundesrepublik Deutschland übernahm alle Schulden der DDR-Staatswirtschaft, die zu diesem Zeitpunkt praktisch zusammenbrach.

Ein wichtiger Grund für den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft war ihre bisherige ausschließliche

Ausrichtung auf den Markt in Osteuropa und der Sowjetunion. Dieser brach mit der Auflösung des Ostblocks zusammen. Die meisten Betriebe, die die Bundesrepublik Deutschland über die für diesen Zweck eingerichtete „Treuhandgesellschaft“ an Privatleute verkaufen wollte, mussten geschlossen werden.

Der größte Teil der Kosten der „Wiedervereinigung“ wurden und werden vom bundesdeutschen Sozialsystem bezahlt, das jetzt Millionen von Arbeitslosen unterstützen muss, die keine Einzahlungen geleistet haben. In ganz Deutschland stiegen die Sozialabgaben an den Löhnen, die Folge waren und sind Entlassungen auch im Westen und die Verlagerung der Produktion in billigere Länder.

15. Geschichte der Migration

Gastarbeiter

Bereits Mitte der 50er Jahre sank die Arbeitslosigkeit in Deutschland unter 1 Million. Es gab Unternehmen, die keine Arbeitskräfte mehr fanden, die die richtige Ausbildung für sie hatten. Deshalb beschloss die Bundesrepublik Deutschland, ausländische Arbeitskräfte zu suchen.

Es wurden Verträge mit verschiedenen Ländern rund um das Mittelmeer gemacht: 1955 mit Italien, 1960 mit Spanien, 1960 mit Griechenland, 1961 mit der Türkei, 1963 mit Marokko, 1964 mit Portugal, 1965 mit Tunesien, 1968 mit Jugoslawien

Dort eröffnete das Arbeitsamt „Anwerbebüros“. Wer in Deutschland arbeiten wollte, musste dorthin gehen, eine Bewerbung schreiben und sich von einem Arzt untersuchen lassen. Deutschland wollte nur junge und gesunde Arbeiter haben.

Ursprünglich sollten alle Arbeiter drei Jahre arbeiten und dann wieder zurück kehren. Deutschland wollte die Arbeiter nur als „Gäste“ hier haben, sie sollten nicht einwandern.

Aber die Firmen waren dagegen. Als die ersten Arbeiter drei Jahre hier gearbeitet hatten, wollten die Firmen keine neuen Arbeiter haben.

Die meisten Arbeiter kehrten aber nach fünf oder zehn Jahren in ihre Heimat zurück. Meistens hatten sie viel Geld gespart und gründeten dann in ihrer Heimat eine neue Existenz. Zwischen 1955 und 1973 kamen 20 Millionen Arbeitskräfte, von ihnen kehrten 15 Millionen wieder nach Hause zurück. Ungefähr 5 Millionen blieben hier, die Hälfte von ihnen aus der Türkei.

1973 gab es in Deutschland eine Wirtschaftskrise. Alle Anwerbebüros wurden geschlossen, nur noch wenige Arbeitskräfte bekamen ein Visum.

Vertragsarbeiter

In der DDR ging das Wirtschaftswachstum langsamer als in Westdeutschland. Es kamen viele Flüchtlinge aus dem Osten (Polen,

Sowjetunion), aber es flohen auch viele eigene Bürger nach Westdeutschland. Viele waren unzufrieden mit dem politischen System, andere waren unzufrieden mit der Wirtschaft. Auch in der DDR gab es bald zu wenig Arbeitskräfte.

Als erste Maßnahme schloss die Regierung 1961 die Grenze. Quer durch Berlin, zwischen Ostberlin und Westberlin (und zwischen der DDR und Westberlin) wurde eine Mauer gebaut.

Aber das reichte nicht. Deshalb schloss auch die DDR Verträge mit anderen Staaten ab:

1965	Polen
1967	Ungarn
1974	Algerien
1978	Cuba
1979	Mosambik
1980	Vietnam
1984	Angola
1986	China

In den Verträgen stand zuerst, dass die jungen Arbeitskräfte in der DDR hauptsächlich eine Ausbildung bekommen sollten, sie sollten nur „nebenbei“ ein bisschen arbeiten. Deshalb begann der Aufenthalt mit einem Deutschkurs. Daran schloss sich eine Ausbildung an. Die Vertragsarbeiter wohnten in Wohnheimen und hatten wenig Kontakt zur einheimischen Bevölkerung.

Später kamen Vertragsarbeiter nur noch zum Arbeiten in die DDR.

Die Arbeiter konnten kein Geld sparen und nach Hause zurücknehmen, weil die „Mark der DDR“ nicht in andere Währungen getauscht werden konnte und auch mit aus dem Land mitgenommen werden durfte. Deshalb kauften viele Mofas, Nähmaschinen und andere Konsumgüter und schickten diese an ihre Familien nach Hause.

Die „Vertragsarbeiter“ kamen hauptsächlich aus Mosambik und Vietnam. Bis 1989 kamen 100.000 Vertragsarbeiter in die DDR. Von ihnen gingen 70.000 wieder nach Hause zurück.

Das Zuwanderungsgesetz

Am 1. Januar 2005 ist das „Gesetz über die Begrenzung der Zuwanderung“ in Kraft getreten. Es handelt sich um eine Sammlung von mehreren Gesetzen:

- zwei neue Ausländergesetze, getrennt für EU-Bürger und alle anderen Ausländer,
- neue Gesetze für das Asylverfahren
- neue Gesetze für das Ausländerzentralregister und anderes.

Seit 1955 kommen ausländische Arbeitskräfte nach Deutschland. Mehr als 20 Millionen Menschen sind hier eingewandert, viele sind auch wieder ausgewandert. Aber erst jetzt, nach 50 Jahren, gibt es Deutschkurse für alle Einwanderer.

Das Zuwanderungsgesetz regelt zum ersten Mal die „Integration“.

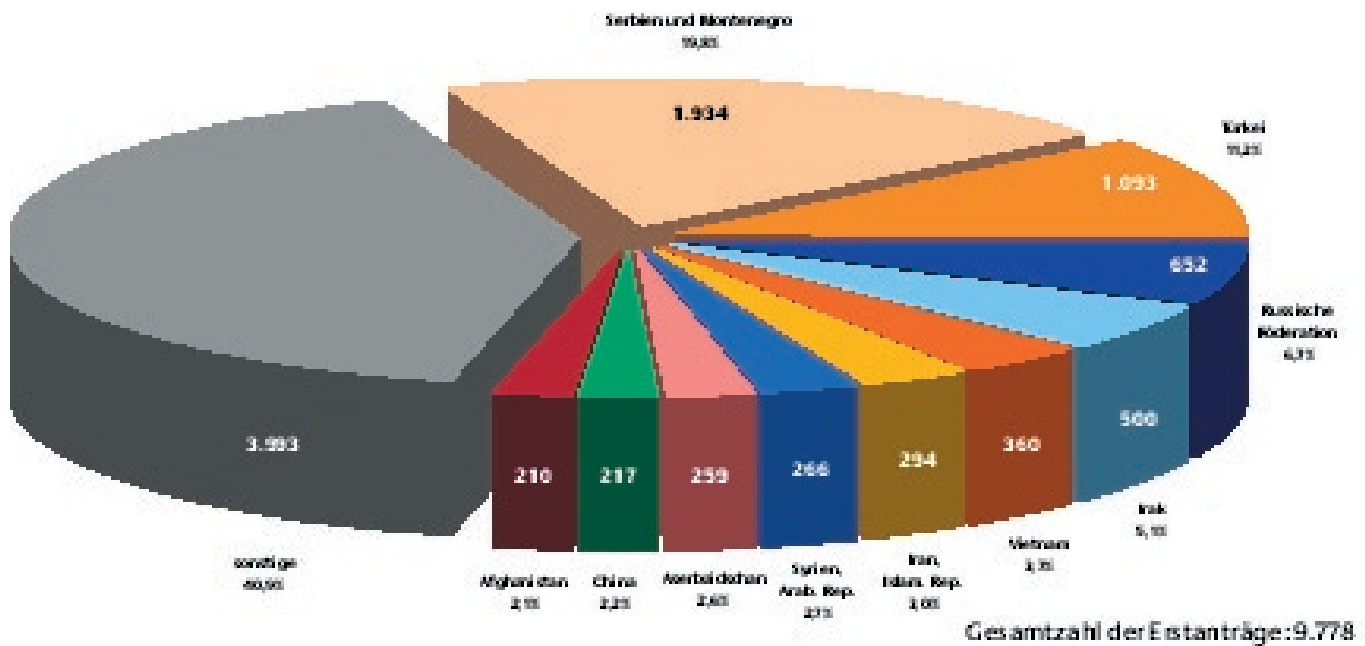
Integrationskurse

Integrationskurse sind für Erwachsene eingerichtet worden, die neu nach Deutschland kommen und eine Aufenthaltserlaubnis für mehr als ein Jahr bekommen. Die Integrationskurse bestehen aus 600 Stunden Deutschunterricht und 45 Stunden Orientierungskurs.

Nicht teilnahmeberechtigt sind:

- Kinder, Jugendliche, StudentInnen: Sie sollen in der Schule oder auf dem Studienkolleg Deutsch lernen.
- Flüchtlinge, die einen Asylantrag stellen: Hier soll erst abgewartet werden, ob der Asylantrag anerkannt wird.

Alle, die schon länger in Deutschland sind, müssen eine Zulassung beantragen.



Asyl in Deutschland

Das Asylrecht ist das einzige Grundrecht in der deutschen Verfassung, das nur für Ausländerinnen und Ausländer gilt.

Artikel 16a Grundgesetz

(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

Allerdings bekommen diejenigen kein Asyl, die nach ihrer Flucht schon in einem anderen Land waren, wo sie nicht verfolgt werden. Diese Länder heißen „sichere Drittstaaten“. Deutschland sagt, dass alle Nachbarländer von Deutschland sicher sind: Polen, Tschechische Republik, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien, Niederlande und Dänemark.

Außerdem muss man den Asylantrag gut begründen.

Asyl kann bekommen,

- wer persönlich aus politischen Gründen verfolgt wurde,
- die Verfolgung war lebensgefährlich,
- es gab keine Möglichkeit, im gleichen Land in eine andere Stadt zu fliehen,
- verantwortlich für die Verfolgung war der Staat, oder er hat zumindest nichts dagegen gemacht.

Rechtswegegarantie

Wenn ein Asylantrag abgelehnt wurde, hat der Betroffene das Recht, vor Gericht zu gehen. Zuständig ist das Verwaltungsgericht.

Allerdings gibt es ein Risiko: Das Gerichtsverfahren kostet Geld. Und weil es ein kompliziertes Thema ist, braucht man eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt. Alle Kosten muss am Ende der Verlierer bezahlen.

Die Grafik zeigt die Herkunftsländer von Flüchtlingen von Januar bis April 2005. Insgesamt 9778 Menschen stellten in diesen vier Monaten einen Asylantrag. Die Grafik kommt vom „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“.

Flüchtlinge aus „Serbien und Montenegro“ sind oft Albaner oder Roma. Flüchtlinge aus der Türkei sind oft Kurden. Flüchtlinge aus Russland kommen oft aus Tschetschenien.

16. Regionalgeschichte

Nach den Vorgaben des Bundesamtes soll auch die „Regionalgeschichte“ in den Orientierungskursen vorkommen.

Im Rahmen dieser Unterrichtseinheit bieten wir zur Zeit noch kein Material dazu an. Wir sind allerdings gerne bereit, Ihre Materialien oder Vorschläge aufzugreifen und auf der Internet-Seite www.orientierungskurs.de zu veröffentlichen!

17. Kulturelle Vielfalt

Es gibt keine „deutsche Kultur“

Deutschland ist ein föderativer Staat. Die Kulturpolitik ist Sache der Länder. Es gibt keine deutsche Kulturpolitik, sondern jedes Bundesland hat ein eigenes Ministerium.

Aber es gibt auch keine anerkannte Definition, was Kultur ist.

Was ist Kultur? (vgl. dazu „Mein Orientierungskurs 2“, Seite 26)

Unter Kultur versteht man meistens die Sprache, Literatur, Geschichte, Religion, Ethik, Kunst, Wissenschaft, Wirtschaft und Rechtssprechung eines Volkes. Da Deutschland in der Geschichte meistens aus einer Vielzahl von Territorialstaaten bestand, haben sich überall in Deutschland eigene Kulturen entwickelt.

Seit 1945 sind ungefähr 25 Millionen Menschen nach Deutschland eingewandert, ungefähr 18 Millionen Menschen sind ausgewandert. Das hat zu großen Veränderungen in der Kultur geführt.

Kultur: Sprache

In Deutschland wird Deutsch gesprochen. Die Sprache ist in den letzten 500 Jahren standardisiert worden: Es gibt den Duden, es gibt Regeln für die Rechtschreibung, die Grammatik und die Zeichensetzung.

Aber: Es gibt viele Mundarten und Dialekte, es gibt weitere Sprachen wie Niederdeutsch (Plattdeutsch), Friesisch, Dänisch, Sorbisch und Romanes. Mit der Einwanderung nach 1945 sind viele weitere Sprachen nach Deutschland gekommen. In vielen Familien wird zu Hause Russisch, Polnisch, Türkisch oder Jugoslawisch gesprochen.

Kultur: Musik

Es gibt klassische deutsche Komponisten wie Mozart, Beethoven, Bach oder Wagner. Im Radio hört man heute meistens die gleichen internationalen Hits wie in allen anderen Ländern der Welt. Im Fernsehen kann man gleichzeitig zwischen „Deutscher Volksmusik“ im ZDF und Britney Spears bei MTV wählen.

Kultur: Essen

Es gibt in Deutschland viele traditionelle Gerichte. Diese sind meistens nicht „deutsch“, sondern bayerisch, holsteinisch, rheinländisch, sächsisch... Aber wenn man heute durch eine Stadt geht, sieht man kaum noch ein „deutsches“ Restaurant oder einen „deutschen“ Imbiss. Alle Menschen hier finden das normal – Sie auch?

Was gehört zur Kultur dazu?

Es gibt im Deutschen viele zusammengesetzte Wörter, in denen „Kultur“ vorkommt. Was hat wirklich mit Kultur zu tun?

„Schwäbisch“, können sie sich nicht verstehen (Karte dazu siehe Seite 27).

In Süddeutschland sind die meisten Menschen katholisch, in Norddeutschland ist die Mehrheit evangelisch. Ein großer Teil der Bevölkerung in ganz Deutschland hat überhaupt keine Religion.

Es gibt viele Vorurteile, viele Witze, unterschiedliche Volksmusik, unterschiedliche traditionelle Kleidung, unterschiedliche Nationalgerichte. Dabei beziehen sich die meisten Menschen auf eine bestimmte Region: Die Pfalz, Franken, Schleswig, das Sauerland, Schwaben... Oder sie bezeichnen eine bestimmte Stadt als ihre Heimat, also Köln (Sprache: Kölsch), Hamburg (Sprache: Missingsch) oder Lübeck als

Was ist Kultur?		
Alltagskultur	Multikultur	Kulturaustausch
Diskussionskultur	(multikulturell)	Wohnkultur
Kulturbeauftragter	Kulturbetrieb	Popkultur
Subkultur	Rechtskultur	Kneipenkultur
Freikörperkultur (FKK)	Kulturtag	Kulturabkommen
Kulturbeutel	Sprachkultur	Leitkultur
Kulturkampf	Museumskultur	Esskultur
Kulturerbe	Kulturerbe	Kulturlandschaft
Kulturschaffende	Kulturgeschichte	

Regionale Vielfalt

Deutschland war sehr lange in seiner Geschichte in viele verschiedene Staaten aufgeteilt. Heute ist Deutschland ein föderativer Staat. Deutschland besteht aus 16 Bundesländern.

Andere Länder, die auch zeitweise zu Deutschland gehörten, sind heute unabhängige Staaten. Seit über 350 Jahren gehören die Niederlande und die Schweiz nicht mehr zu Deutschland. Luxemburg und Österreich gehörten manchmal zu Deutschland, heute sind es eigene Staaten. Schleswig-Holstein gehörte lange Zeit zu Dänemark.

Innerhalb Deutschlands gibt es große Unterschiede. Wenn Norddeutsche „Plattdeutsch“ sprechen oder Menschen in Süddeutschland „Bayerisch“ oder

Hauptstadt der Hanse.

Jede Region hat nicht nur einen eigenen Dialekt, eigene Rezepte, eigene Lieder, sondern auch ein eigenes Selbstbewusstsein. Dabei spielen die offiziellen Grenzen der Bundesländer manchmal überhaupt keine Rolle. So gibt es zum Beispiel keine „Baden-Württemberger“, sondern es gibt Menschen aus Baden, aus Schwaben, aus Württemberg und anderen Gegenden. Die Grenzen des Bundeslandes sind „künstlich“.

Missverständnisse, Unverständnis...

In Deutschland wird nicht überall das gleiche Deutsch gesprochen. So gibt es Ausdrücke, die nur in bestimmten Gegenden vorkommen und wo anders nicht verstanden werden. Es gibt auch Ausdrücke, die in verschiedenen Gegenden etwas Verschiedenes bedeuten.

Kerngehäuse eines Apfels (was beim Essen übrig bleibt)

Bitsch, Bütschgi, Butz / Butzen, Grieb, Griebisch, Häuschen, Hinkel, Kippe, Kisch, Kroose, Krotze, Krutz, Sohnche.

Vorderes und hinteres Ende vom Brot

Gupf, Kanten, Kapp, Knapp, Knaus, Kneis, Kniep, Knorz, Knust, Kruste, Mürggel, Ranft, Renft, Riebele, Scherz, Tipp.

Krapfen, Berliner, Pfannkuchen

Ein Krapfen ist meistens ein Stück Hefekuchen, in heißem Fett gebacken. In einigen Gegenden Deutschland ist es aber auch ein Stück Fleisch, Geflügel, Obst oder Gemüse. Kuchen aus Hefeteich heißt in Norddeutschland und Westdeutschland meistens Berliner, in Bayern und Franken meistens Krapfen, in Niedersachsen Prilleken oder Prilken, in Schwaben, Franken und der Pfalz auch Fastnacktküchle. In Berlin und der ehemaligen DDR heißt dieser Kuchen Pfannkuchen, in Hessen und Thüringen auch Kreppel.

Unter Pfannkuchen versteht man außerhalb von Berlin einen in der Pfanne gebackenen dünnen Fladen aus Mehl, Milch und Eiern. In Gegenden, die an Frankreich grenzen, heißt dieses Produkt auch Crêpe. Da in Berlin das Wort schon für den Kuchen reserviert ist, heißt der Fladen dort Eierkuchen. In der Nähe der polnischen Grenze ist auch der Ausdruck Plinse oder Plinze verständlich. In Österreich heißt der Fladen Palatschinke oder Omelette. In Norddeutschland versteht man unter Omelette wieder etwas anderes, nämlich einen Fladen nur aus Eiern ohne Mehl.

Samstag oder Sonnabend?

Im Südwesten sagt man Samstag, im Nordosten sagt man Sonnabend. Seitdem die „Tagesschau“, die eigentlich nur Sprecherinnen und Sprecher aus Norddeutschland akzeptiert, auch

Samstag sagt, versteht man beide Ausdrücke in ganz Deutschland.

Sein oder haben?

In Norddeutschland sagt man „sein“ im Zusammenhang mit einer Bewegung (sie ist gelaufen, er ist gefahren) und „haben“ im Zusammenhang mit Stillstand (sie hat gesessen, er hat gestanden).

In Süddeutschland (= südlich des Mains) verwendet man „sein“ auch im Zusammenhang mit einem Stillstand: Ich bin gesessen, sie ist gestanden. „Haben“ wird im übertragenden Sinn verwendet. Wer in Süddeutschland sagt: „Sie hat gesessen, nachdem sie gestanden hat“, spricht eindeutig von einer Gefängnisstrafe, die auf ein Geständnis folgte. In Norddeutschland ist dieser Satz ohne Sinn.

Uhrzeiten

Uhrzeiten werden regional unterschiedlich bezeichnet (süddeutsch/norddeutsch):

03.00 Uhr	drei Uhr	
03.15 Uhr	Viertel vier	viertel nach drei
03.30 Uhr	halb vier	
03.45 Uhr	drei Viertel vier	viertel vor vier
04.00 Uhr	vier Uhr	

Ostdeutschland - Westdeutschland

Auch zwischen Ost- und Westdeutschland haben sich im Laufe der vierzigjährigen Geschichte einige unterschiedliche Sprachgewohnheiten etabliert. Hier sehen Sie einige „ostdeutsche“ Wörter und die „westdeutsche“ Übersetzung:

Broiler	Brathähnchen
Kaufhalle	Supermarkt
Firma	Staatssicherheitsdienst
Wandzeitung	Schwarzes Brett
Krusta	Pizza
Bonbon	Parteiabzeichen
Feierabendheim	Altersheim
Plaste	Plastik

Einige Vokabeln gibt es nur in Ostdeutschland:

abkindern: staatliche Kredite wurden erlassen, wenn man Kinder bekam. Wenn ein Kredit „abgekindert“ wird, wird er nicht zurückgezahlt, weil die Eltern mehrere Kinder bekommen haben.

Bückware: Waren, die es offiziell nicht gibt, bekommt man durch Beziehungen doch – die Verkäuferin bückt sich und holt die versteckte Ware unter den Tresen hervor.

Rivalitäten

Es gibt viele Vorurteile zwischen verschiedenen Regionen in Deutschland. Die meisten Menschen finden, dass sie selbst klug sind, die anderen sind ein bisschen dumm oder ein bisschen langsam.

Im Bundestagswahlkampf 2005 wurde viel diskutiert, dass der Ministerpräsident von Bayern öffentlich sagte, dass es in Bayern besonders viele kluge Menschen gibt und in Ostdeutschland zu wenig. Viele Menschen in Ostdeutschland waren beleidigt.

Aber meistens werden solche Geschichten nur als Witz erzählt, und viele Menschen können auch über sich selber lachen.

Vorurteile?

Was macht ein Ostfrieser, wenn er ein Loch im Boot hat und Wasser reinläuft? Er bohrt ein zweites Loch, damit das Wasser wieder rauslaufen kann.

Warum trinken Schwaben die Milch, die sie im Geschäft gekauft haben, immer dort gleich aus? Weil auf der Packung steht „Hier öffnen“.

Was machen Deutsche, wenn ein Krieg anfängt und Atombomben geworfen werden? Sie fliehen nach Mecklenburg – dort kommt alles erst zehn Jahre später.

Deutsche und Regeln

Viele Menschen im Ausland glauben, dass Deutsche Regeln zum Leben brauchen. Es gibt Gesetze für und gegen alles. Und wenn es keine Gesetze gibt, gibt es Verordnungen, Satzungen, Hausordnung oder Betriebsvorschriften. Alle passen auf. Wenn kein Polizist in der Nähe ist, kommt mindestens der Hausmeister. Und wenn ein Kind bei „rot“ über die Straße läuft, schimpft die Oma, die dort wartet.

Zum Teil stimmt das. Es gibt aber auch viele Ausnahmen.

Deutsche brauchen Regeln. In Deutschland wird schon Kindern beigebracht, dass es Regeln gibt, an die man sich halten muss. Wenn es keine Regeln gibt, können Deutsche nicht so leicht improvisieren.

Aber es gibt viele Regeln, gegen die Deutsche verstoßen – und niemand kritisiert das (außer der Regierung und der Polizei).

- Viele Deutsche machen falsche Angaben in der Steuererklärung und versuchen, Geld zu sparen.
- Viele Deutsche fahren bei Geschwindigkeitsbeschränkungen schneller als erlaubt.

Und die meisten finden ein solches Verhalten völlig normal.



Privatleben und Berufsleben

In Deutschland gibt es meistens eine klare Trennung zwischen der Arbeit (Beruf) und der Freizeit (Privatleben). Am Arbeitsplatz wird eine Sachorientierung erwartet, in der Freizeit orientiert man sich an Beziehungen (Bekanntem, Freunden).

Nur selten wird beides gemischt. Ein Betriebsfest oder ein Betriebsausflug wird extra organisiert und soll beide Bereiche für ein paar Stunden miteinander verbinden. Ansonsten gibt es viele Betriebe, in denen die Arbeitskollegen wenig voneinander wissen, nur über die Arbeit sprechen und sich privat nicht treffen.

Wenn ein Arbeitskollege krank wird, wird er nur von Freundinnen oder Freunden angerufen, nicht von Kollegen und erst recht nicht vom Chef. Das gilt als Kontrolle, als Misstrauen. Nur wenn Kolleginnen oder Kollegen gleichzeitig befreundet sind, dürfen sie anrufen und fragen, wie es geht.

Freundinnen und Freunde finden

Die meisten Deutschen finden Freundinnen und Freunde in der Freizeit. Dafür gibt es viele Sportvereine und andere Vereine. Allerdings gilt das für „die meisten“ Deutschen. Es gibt keine Regel ohne Ausnahmen. Ein Drittel aller Ehepaare haben sich bei der Arbeit kennen gelernt.

Kind oder Karriere?

Die strikte Trennung von Arbeits- und Privatleben führt dazu, dass viele Frauen Probleme haben. Wer Kinder hat, kann meistens nicht berufstätig sein. Auch Kinder, die in den Kindergarten oder in die Schule gehen, kommen meistens mittags nach Hause.

Für Frauen bedeutet das: Wer Kinder haben will, muss die Berufstätigkeit für einige Jahre unterbrechen. Wenn Frauen danach wieder in den Beruf einsteigen, bekommen sie weniger Geld als die Männer, die die ganze Zeit über gearbeitet haben und befördert worden sind. Das ist ein Grund, dass weniger Frauen als Männer in höheren Positionen arbeiten.

- In Deutschland werden immer weniger Babies geboren. Frauen, die 1940 geboren wurden, bekamen durchschnittlich 1,9 Kinder. Frauen, die 1965 geboren wurden, bekamen nur noch 1,4 Kinder.

- Viele Frauen studieren heute. Da das Studium sehr lange dauert, sind sie 28 bis 30 Jahre alt, bevor sie einen Beruf finden und finanziell unabhängig sind. Die meisten bekommen erst danach ihr erstes Kind.
- Im Jahre 2010 werden mehr als die Hälfte der Babies in Deutschland Mütter haben, die mit ihnen kein Deutsch sprechen.

Wie reden Deutsche? Der Kommunikationsstil

Deutsche sind direkt, wenn sie etwas sagen. Sie äußern Kritik, sie antworten auf Fragen. Es gibt wenig Andeutungen,

Kritik wird offen geäußert. Das schließt ein, dass auch kleinere Kinder ihre eigenen Eltern kritisieren.

Für Nicht-Deutsche bedeutet das: Eine direkte Antwort ist nicht unhöflich, sondern normal. Wer selbst seinen Willen, seine Kritik oder eine Aufforderung zur Hilfe nicht klar und direkt formuliert, wird nicht verstanden. Deutsche sind wenig geübt darin, Andeutungen („Kontext“) zu verstehen.

Lob und Kritik

„Schweigen ist Lob genug“, heißt es in Deutschland. Wer eine Arbeit pünktlich und gut abgeliefert, wird in der Regel nicht dafür gelobt. Wer eine Arbeit zu spät abliefern oder einen Fehler macht, wird direkt kritisiert.

Nicht-Deutsche sind häufig erschrocken, dass Deutsche Kritik offen äußern. Möglicherweise befürchten Sie, andere durch Kritik zu verletzen. Gerade am Arbeitsplatz wird aber erwartet, dass Kritik sofort geäußert wird, um Fehler nicht zu wiederholen.

Einladung

Wer in Deutschland gefragt wird, ob er (oder sie) mit ein Restaurant kommt, wird damit nicht eingeladen. Die Frage ist genau so gemeint, wie sie formuliert war. Wer jemanden einladen will, sagt „Ich möchte dich einladen.“

Der Streit um das Kopftuch

Insbesondere seit den Anschlägen von New York und Washington am 11. September 2001 gibt es in Deutschland wie in vielen anderen Ländern eine Diskussion über das Verhältnis zum Islam. In Deutschland konzentriert sich die Diskussion, wie z.B. auch in Frankreich oder der Türkei, auf das Kopftuch als sichtbares Symbol für Muslimas.

In Deutschland leben rund 3 Millionen Moslems. Ungefähr 80 Prozent von ihnen sind Ausländerinnen und Ausländer, sie kommen größtenteils aus der Türkei. Bis Mitte der 70er Jahre wurden sie überhaupt nicht wahrgenommen. Die meisten waren „Gastarbeiter“ ohne Familienangehörige, viele fuhren zu hohen Feiertagen zu ihrer Familie in der Türkei. Zwar entstanden auch in Deutschland Moscheen, aber es handelte sich meist um umgebaute ehemalige Fabrikgebäude. Diese sogenannten Hinterhofmoscheen waren äußerlich nicht erkennbar.

Seit Mitte der 70er Jahre kommen verstärkt Familien hierher. Damit ist für viele Migrantinnen und Migranten aus moslemischen Ländern klar, dass ihre Heimat Deutschland ist. Deshalb entstand und entsteht auch der Wunsch, „richtige“ Moscheen zu bauen.

Seit der Islam in Deutschland öffentlich sichtbar ist, gibt es auch offene Feindseligkeit. So klagen Nachbarn gegen den beantragten Bau von Moscheen oder mindestens gegen den Ruf zum Gebet über Lautsprecheranlagen. Und während die „erste“ Generation der Gastarbeiter noch fleißig arbeitete und unauffällig lebte, die „zweite“ Generation sich um die Integration bemühte, bildet die „dritte“ Generation seit Mitte der 90er Jahre immer häufiger Parallelgesellschaften. In vielen deutschen Großstädten entstanden Viertel, in denen der Ausländeranteil den Durchschnitt um ein Mehrfaches übersteigt. Insbesondere die größte Gruppe, die Einwanderer aus der Türkei, konnten zumindest in den Großstädten eine eigene Infrastruktur aus Geschäften und Büros aufbauen. Seit Mitte der 90er Jahre sieht man auch häufiger jüngere, in Deutschland geborene Frauen, die Kopftuch tragen – was vorher nur ältere Frauen vom Lande taten.

In Deutschland gibt es eine eigene Tradition. Auch hier war es früher üblich, dass Frauen nach der Heirat ihre

Haare bedeckten, und zwar mit einem Kopftuch oder einer Haube. „Unter die Haube kommen“ ist ein landläufiger Ausdruck fürs Heiraten. Auch die christliche Tradition kennt diese Pflicht, die Haare zu bedecken: Nonnen tragen zum Zeichen dafür, dass sie ihr Leben Jesus geweiht haben, eine Haube oder ein Kopftuch. Und bis heute müssen Frauen ihre Haare bedecken, wenn sie vom Papst empfangen werden.

Die christliche Sitte, als verheiratete Frau die Haare zu bedecken, hat sich bei Deutschen in Russland (Kasachstan) länger gehalten als hierzulande. Viele Aussiedlerinnen, die in den 60er und 70er Jahren kamen, trugen ebenfalls Kopftücher. Sie legte diese erst ab, als sich moslemische Frauen häufiger mit Kopftüchern in der Öffentlichkeit zeigten.

Während die meisten „Gastarbeiter“ aus der Türkei ohne Ausbildung in die Bundesrepublik Deutschland kamen, besuchen die Kinder und Enkel deutsche Schulen. Hier haben sie zwar schlechtere Chancen, überproportional viele verlassen die Schule ohne Abschluss – aber es gibt eine zunehmende Zahl türkisch-stämmiger Abiturientinnen und Abiturienten. Seit der Jahrtausendwende tauchen daher immer wieder Rechtsanwältinnen oder Lehrerinnen auf, die ein Kopftuch tragen. Diskutiert wird darüber hauptsächlich, wenn sie in den Schuldienst übernommen werden wollen, also (auch) deutsche Kinder unterrichten und dabei als Muslima zu erkennen sind.

Die Bildungspolitik ist in Deutschland Ländersache. Und so gingen und gehen die Länder unterschiedlich mit dem „Problem“ um. Für einige Länder ist es kein Problem: In den ostdeutschen Ländern hat sich noch keine Lehrerin beworben, die ein Kopftuch tragen will. In Nordrhein-Westfalen unterrichten rund dreißig Lehrerinnen, die ein Kopftuch tragen, ohne dass es irgend welche Probleme gibt. In Baden-Württemberg unterrichtet ebenfalls eine Lehrerin mit Kopftuch, die von einer Schule übernommen wurde. 2001 beantragte eine zweite Lehrerin die Übernahme in den Schuldienst, und die Schule fragte beim Ministerium nach, ob das Tragen eines Kopftuches in Ordnung wäre.

Die Lehrerin, Fereshta Ludin, wurde wegen ihrer Kleidung abgelehnt und prozessiert seit dem gegen das Land. 2004 gewann sie vor dem Bundesverfassungsgericht, das entschied, dass Bekleidungs Vorschriften nur auf der Grundlage eines Gesetzes möglich wä-

ren. So existieren in allen Bundesländern Gesetze, die die Kleidung von Polizisten regeln, aber keine Bekleidungs Vorschrift für Lehrerinnen. Das wurde seitdem in einigen Bundesländern nachgeholt, so in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Hamburg.

Die Befürworter dieser Gesetze argumentieren, die Schule solle weltanschaulich neutral sein. Deshalb wäre es unzulässig, durch die Kleidung oder andere Äußerlichkeiten demonstrativ für eine Religion oder Weltanschauung einzutreten. Außerdem würden sich moslemische Mädchen diese Lehrerinnen als Vorbild nehmen, das Tragen von Kopftüchern würde so weiter verbreitet.

Von Kritikern wird eingewandt, dass diese Vorschriften sich einseitig gegen den Islam wenden und nur die Bekleidung von Frauen regeln, nicht die von Männern. Außerdem behindere es die Integration, wenn schon Kindern in der Schule deutlich gemacht würde, dass erkennbare Muslimas vom Schuldienst ausgeschlossen würden.